

**Ausschreibung versus Direktvergabe:
Handlungsmöglichkeiten der
Aufgabenträger**

IHK Nürnberg
6. November 2014
RA Arnd Bühner
RA Tobias Jordan

1.

ÖPNV-Regelungsebenen

2.

Nahverkehrsplan

3.

Zielkonflikt: Eigenwirtschaftlichkeit vs. Linienbündelung

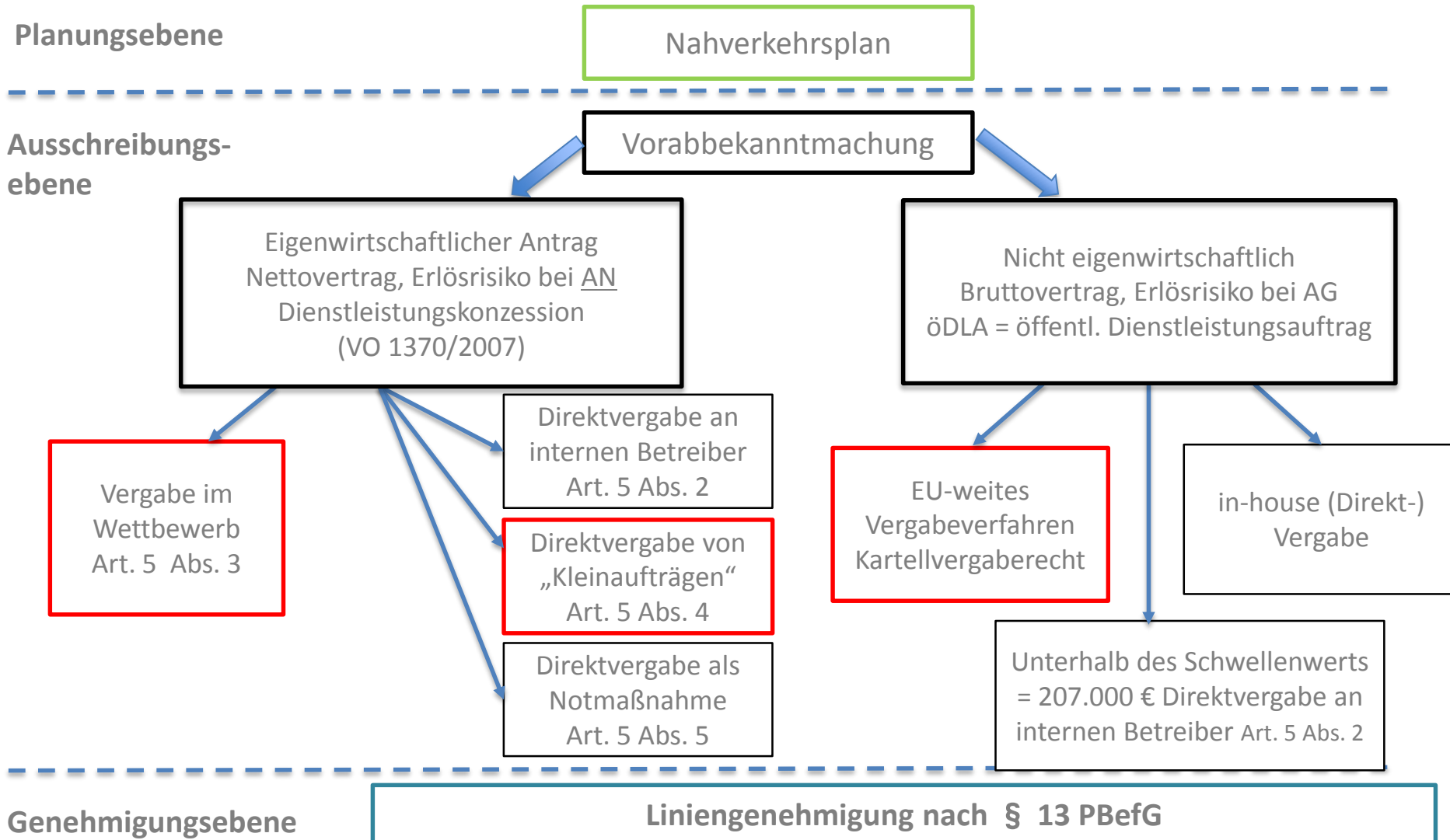
4.

Rechtsfolgen einer unzulässigen Linienbündelung

5.


Möglichkeiten der Direktvergabe von ÖPNV-Leistungen

1. ÖPNV-Regelungsebenen



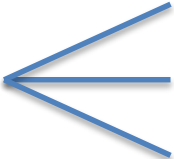
2. Nahverkehrsplan: Aufstellung und Wirkung

Grundlage § 8 Abs. 3 S. 2, 3 PBefG; Art. 13 BayÖPNVG

- Rahmenplanung
 - keine Pflicht zur Aufstellung
 - bündelt und konkretisiert Anforderungen
 -  politisches Steuerungsinstrument
 - keine Außenwirkung, d. h. nicht unmittelbar gerichtlich angreifbar
 - Genehmigungsbehörde kann Antrag auf Liniengenehmigung
stattgeben, obwohl diese nicht den Anforderungen des NVP entspricht
- Näheres: Leitlinien zur Anwendung der VO 1370/2007 in Bayern
(Staatsministerium für Wirtschaft)

2. Nahverkehrsplan: Inhalt (Art. 13 BayÖPNVG)

Regelinhalte:

- Erfassung vorhandener Verkehrsstruktur
- Verkehrsprognose
- **Zielvorstellungen für ÖPNV**
Definition ausreichender
Verkehrsbedingungen

- Planerische Maßnahmen zur Gestaltung des ÖPNV

 Ziele und Konzeptionen

2. Nahverkehrsplan: Berücksichtigungspflichten (Art. 13 BayÖPNVG)

- Angemessene Mitwirkung vorhandener Verkehrsunternehmen
- Vorrang der Eigenwirtschaftlichkeit § 8 Abs. 4 S. 1 PBefG
- Grundsätze Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit
(schon bei Zieldefinition; nicht erst bei Maßnahmenpaket)

2. Nahverkehrsplan: Beteiligung vorhandener Verkehrsunternehmen

Notwendigkeit: § 8 Abs. 3 S. 5 PBefG

- frühzeitig
- umfassend
- alle vorhandenen Verkehrsunternehmer

Gründe:

- Know-How der Verkehrsunternehmen nutzen (Effizienz, Kosten)
- Vorrang der Eigenwirtschaftlichkeit des VU (Grundrechte!)
- nur so ist gerechte Interessenabwägung und angemessene Konfliktbewältigung möglich

2. Nahverkehrsplan: Beteiligung vorhandener Verkehrsunternehmen

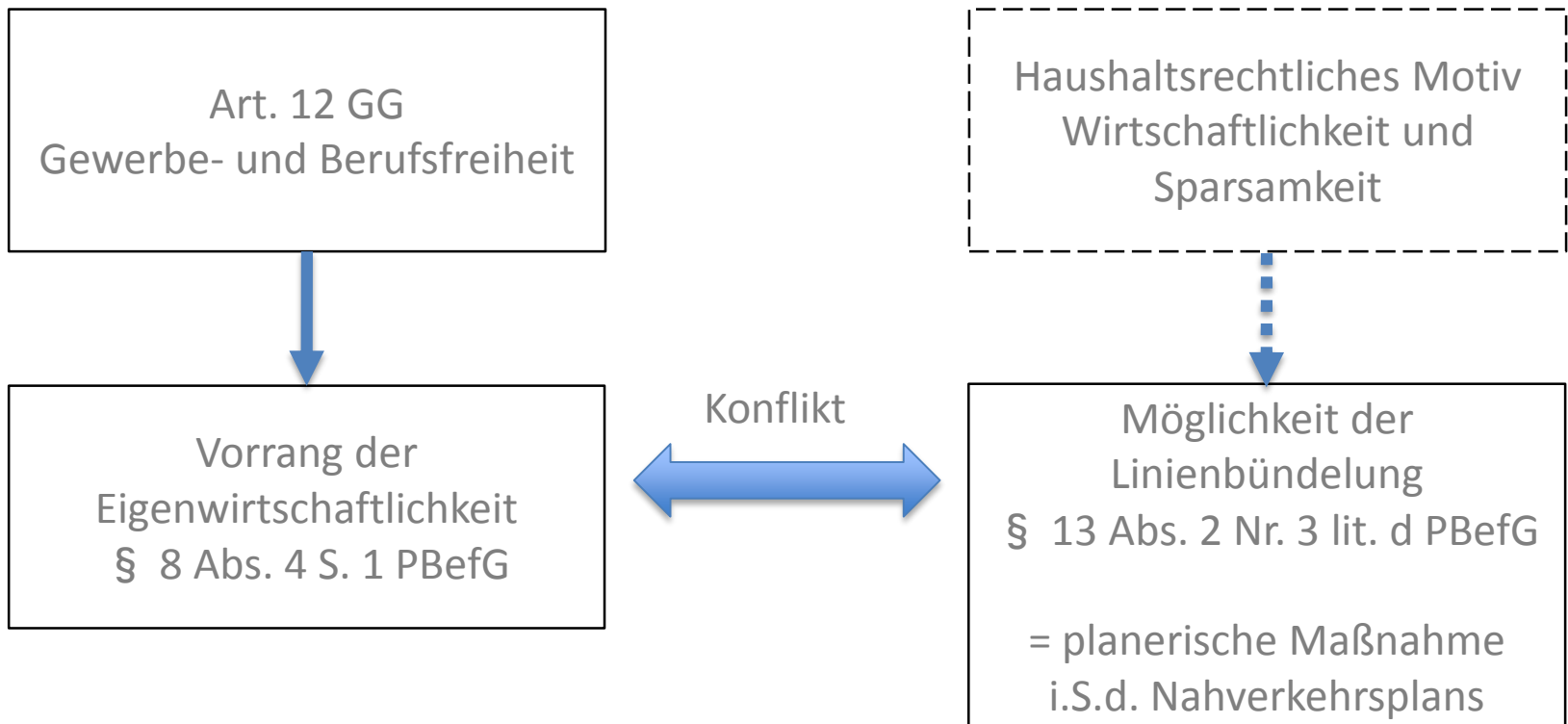
Beteiligungsfelder privater Verkehrsunternehmen:

- Erfassung vorhandener Verkehrsstrukturen
- Verkehrsprognose
- **Zielvorstellungen für ÖPNV**
- Planerische Maßnahmen zur Gestaltung des ÖPNV

These:

Zielkonflikt zwischen ökonomisch gewünschter Linienbündelung und Vorrang der Eigenwirtschaftlichkeit kann insbesondere durch eine maßvolle Zieldefinition erreicht werden.

3. Zielkonflikt: Eigenwirtschaftlichkeit vs. Linienbündelung



3. Zielkonflikt: Eigenwirtschaftlichkeit vs. Linienbündelung

Lösungsstrategien:

- Linienbündelung aus rein wirtschaftlichen Erwägungen nicht zulässig
 - ➔ Beschränkung durch Vorrang der Eigenwirtschaftlichkeit
 - ➔ Grundrechtsschutz
 - ➔ Wenn Eigenwirtschaftlichkeit zurückstehen soll, ist dies im NVP abzuwägen und nachvollziehbar zu begründen
- Grundrechtsschutz: Prinzip des geringstmöglichen Eingriffs:
Direktvergabe vor Leistungsausschreibung
- Schlüssel: maßvolle Definition der ausreichenden Verkehrsbedienung/Ziele des Nahverkehrsplans

4. Rechtsfolgen einer unzulässigen Linienbündelung

- Nahverkehrsplan ist (insoweit) rechtswidrig
- nicht direkt anfechtbar (keine Außenwirkung)
- inzidente Prüfung über Liniengenehmigungsantrag
- bei Rechtswidrigkeit i.d.R. keine Berücksichtigung im Genehmigungsverfahren

5. Möglichkeiten der Direktvergabe von ÖPNV-Leistungen

Vorab: Allgemeines Vergaberecht geht Möglichkeit der Vergabe eines ÖDLA und EG-VO 1370/2007 vor

Konsequenz: Nur Konzessionen, d.h. Nettoverträge können nach VO 1370/2007 vergeben werden

➔ Möglichkeit 1: Art. 5 Abs. 2 VO 1370/2007
Direktvergabe an eigenes Verkehrsunternehmen

➔ Möglichkeit 2: Art. 5 Abs. 4 S. 2 VO 1370/2007
Direktvergabe an KMU, wenn

- nicht mehr als 23 Fahrzeuge
- geschätzter Jahresdurchschnittswert weniger als 2 Mio. € oder
- weniger als 600.000 km Personenverkehrsleistungen p.a.

Wer wir sind



Arnd Bühner
Rechtsanwalt

Schwerpunkte:

- EU-Beihilfenrecht/Finanzierungen
- Immobilienentwicklungen
- Vergaberecht und PPP



Tobias Jordan
Rechtsanwalt; Maître en Droit Public
Wirtschaftsjurist (Univ. Bayreuth)
Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht

Schwerpunkte:

- Vergaberecht
- EU-Beihilfenrecht
- Privates Baurecht

Bühner & Partner Rechtsanwälte mbB

Im historischen Schürstabhaus
Albrecht-Dürer-Platz 4
90403 Nürnberg

Telefon: 0911 255865-0
Telefax: 0911 255865-29

E-Mail: info@buehner-rae.de
Internet: www.buehner-rae.de

